

Zur ökologischen Krise

Die deutschen Bischöfe - Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, Handeln für die Zukunft der Schöpfung, Bonn, 22. 10. 1998

Längst überfällig war eine kirchliche Stellungnahme zur ohne Zweifel größten und dringlichsten Herausforderung, vor der wir stehen. Der 132 Seiten starke Text bleibt aber letztlich enttäuschend und wird deshalb wohl kaum so lebhaft rezipiert werden, wie dies noch beim „Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Bundesrepublik Deutschland“ der Fall war. Enttäuschend ist bereits der Einstieg, d.h. die knappe Beschreibung der Symptome der ökologischen Krise. Sie wird der Dramatik der Situation kaum gerecht. Die Szenarien der Klimatologen in bezug auf die Erderwärmung erwähnt man lieber nicht, auch nicht die massiven, jetzt schon spürbaren Auswirkungen in den Ländern der Dritten Welt. Die ökologische Krise wird völlig unzulänglich und mit einer Distanziertheit beschrieben, als ginge es um die Diskussion der Rentenformel. Man beeilt sich denn auch, vor einer „emotional aufgeladenen und angstmachenden Übertreibung von Umweltgefahren“ zu warnen - als sei dies in der zugespitzten Situation, in der wir uns bereits befinden, überhaupt noch möglich. Wenn etwa das - bekanntlich eher konservative - Fraunhofer Institut in bezug auf die Erderwärmung unter anderem 900 Mio. bis 1,8 Mrd. zusätzliche Hungertote bis zum Jahr 2030 prognostiziert: Gehört das zu den „Übertreibungen“, vor denen uns die Bischöfe warnen? Ist man „emotional aufgeladen“, wenn man die wahrlich erschreckenden Fakten nicht länger verdrängen will, und wie muß man eigentlich verfaßt sein, um sie emotionslos zur Kenntnis zu nehmen? Die Bischöfe reißen sich damit in jene „Koalition der Abwiegler und Beschwichtiger“ ein, die sie immerhin auch ausmachen.

Auf eine Ursachenanalyse verzichtet man völlig. Die nicht mehr von der Hand zu weisende Einsicht, daß die ökologische Krise vor allem aus dem kapitalistischen Wachstumszwang resultiert, wird peinlich vermieden. An Textstellen, an denen es kaum zu umgehen ist, die kapitalistische Ökonomie anzusprechen, benutzt man Verschleierungsvokabeln wie „die Moderne“, die „Ambivalenz der technisch-industriellen Fortschritte“ und dergleichen mehr. Die strukturelle Unvereinbarkeit zwischen den Mechanismen der kapitalistischen Ökonomie und der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wird inzwischen sogar vom durchaus industriefreundlichen Club of Rome mit einer Deutlichkeit angesprochen, die

nichts zu wünschen übrig läßt. Entlarvend für die ideologische Schranke, die deutsche Bischöfe wohl nicht überwinden können, ist eine Bemerkung zum „real existierenden Sozialismus“: Dessen Vorstellung sei es gewesen, den Produktionsvorgang „ausschließlich als sozialen Arbeitsprozeß und *Verwertungsablauf des eingesetzten Kapitals* (sic!) zu begreifen“. Man kritisiert an diesem System also – durchaus zutreffend –, daß es an einem entscheidenden Punkt den westlichen Kapitalismus imitiert hat und sich innerhalb der Systemkonkurrenz fatalerweise denselben Verwertungszwängen des Kapitals unterworfen hat, die die Marktwirtschaft bei uns kennzeichnen. Einen solchen Kunstgriff wendet man üblicherweise an, um einen (verinnerlichten?) Zensor zu täuschen. Wann lernen die deutschen Bischöfe endlich jene Unbefangenheit, mit der man andernorts in der Weltkirche, und nicht zuletzt in Rom selbst, die strukturellen Merkmale der kapitalistischen Ökonomie beim Namen nennt? Ohne eine grundsätzliche Kritik des kapitalistischen Wachstums tappt man eben ständig in die altbekannten Fallen: Die Bischöfe sprechen naiv von „ökologisch-sozialer Marktwirtschaft“, ohne dabei in Rechnung zu stellen, daß die soziale Marktwirtschaft laut Definition ihrer Schöpfer selbst (so etwa A. Müller-Armack) ein auf Dauer gestelltes quantitatives Wachstum zur Voraussetzung hat; sie sprechen von der Notwendigkeit der Abkoppelung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch, ohne jegliches Bewußtsein davon, daß dies nur sehr beschränkt möglich ist und daß ein auf Dauer gestelltes Wachstum die dabei zu erzielenden Effekte in jedem Fall überkompensiert; man führt unsere Art von Massenkonsum auf das Konsumverhalten der Menschen zurück, ohne umgekehrt zu bedenken, daß der Fordismus der Nachkriegszeit diese Art von Konsum gerade zur Bedingung hatte und induzierte ...

Das Prinzip „Nachhaltigkeit“ wird in seiner unpräzisesten, schwächsten und ideologieanfälligsten Form rezipiert. Die entsprechenden Passagen sind dem Brundtland-Bericht entlehnt, wo „Nachhaltigkeit“ als durchaus vereinbar mit der konventionellen Wachstumspolitik beschrieben wird. Wäre es nicht naheliegend gewesen, sich jene Definition von Nachhaltigkeit („Zukunftsfähigkeit“) zu eigen zu machen, wie sie der vom bischöflichen Hilfswerk Misereor mitherausgegebenen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zugrunde liegt? Natur darf demnach nur innerhalb der Grenzen ihrer Regenerierbarkeit und Tragfähigkeit genutzt werden, wobei man – und das ist entscheidend – ein prinzipiell gleiches Nutzungsrecht pro Kopf eines jeden Menschen unterstellt. Das Kriterium der Gerechtigkeit bzw. Universalisierbarkeit wird so in die Methode selbst mit aufgenommen. Keine Frage, daß dieser Begriff von Nachhaltigkeit viel eher mit den sozial-ethischen Einsichten vereinbar ist, wie sie etwa auch die päpstlichen Enzykliken gerade der jüngeren Zeit prägen. Es ist befremdlich, daß der Text der deutschen Bischöfe auch an Stellen, an denen sich das geradezu aufdrängt, auf die untrennbare Zusammengehörigkeit von internationaler Gerechtigkeit und der Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht eingeht bzw. höchst mißverständlich bleibt. So wird der anscheinend nicht auszurottende Mythos von der Überbevölkerung gepflegt, ohne auch nur einen Gedanken darauf zu verschwenden,

daß in bezug auf Ressourcenverbrauch und Schadstoffeintrag die reichen Industrienationen „überbevölkert“ sind. Durchaus zutreffend stellen die Bischöfe fest, daß das reiche Fünftel der Menschheit etwa 80% der Ressourcen für sich in Anspruch nimmt, durchaus zutreffend wird daraus der Schluß gezogen, daß unser Lebens- und Wirtschaftsstil nicht auf die übrige Weltbevölkerung auszuweiten ist - und bei dieser Ambivalenz bleibt man dann stehen. Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ zieht aus diesem Befund die Konsequenz, daß das reiche Fünftel der Weltbevölkerung eben vergleichsweise ehrgeizigere Reduktionsziele erreichen muß, um dem Kriterium der Gerechtigkeit zu genügen. Das heißt etwa, daß der CO₂-Ausstoß, der weltweit halbiert werden muß, bei uns um 90% zu reduzieren ist. Das sprechen die Bischöfe zumindest nicht mehr aus und lassen damit die Möglichkeit offen, daß man ihre Diagnose auch zynisch interpretieren kann. Insgesamt werden die Auswirkungen auf die armen Länder des Südens weitgehend ausgeblendet.

Einen breiten Raum nimmt die Diskussion der ethischen Grundlagen ein. Hier greifen die Bischöfe den Versuch von Wilhelm Korff auf, der ökologischen Krise durch die Einführung eines zusätzlichen sozialemischen Ordnungsprinzips, nämlich des Prinzips der Retinität (Vernetztheit), gerecht zu werden. Korffs Ansatz ist durchaus verdienstvoll und bedenkenswert, vor allem das dahinterstehende Grundanliegen ist zu sehen: die Ökologie angemessen einzubeziehen, ohne auf einen normativen Naturbegriff bzw. bio- und physiozentrische Begründungen zurückgreifen zu müssen. Es ist m.E. aber grundsätzlich bedenklich, wenn ein sozialemischer Versuch, der sich in der wissenschaftlichen Diskussion zu behaupten und zu bewähren hätte, vorab mit bischöflichem Segen ausgestattet wird. Viele halten denn auch Korffs Lösungsvorschlag für eine wenig überzeugende Hilfskrücke. Sie wäre auch völlig verzichtbar, wenn man etwa in der Weise, wie dies Franz Hinkelammert (in Auseinandersetzung mit M. Weber, K.O. Apel u.a.) tut, das Leben in seiner Körperlichkeit als Voraussetzung jeder ethischen Wertediskussion reflektiert, die sich selbst ad absurdum führt, wenn sie davon abstrahiert.

Was die Handlungskonsequenzen betrifft, so legt das Bischofspapier den Akzent fast ausschließlich auf das Verhalten des einzelnen. Dies wäre durchaus legitim - wenn man diese Selbstbeschränkung auch ausdrücklich als solche reflektieren würde. Andernfalls wird eine unerträgliche ideologische Schiefelage daraus. Dem einzelnen wird das aufgebürdet, was er ohne entsprechende politische Vorgaben gar nicht leisten kann, die Politik wird dispensiert. Eine solche Selbstbeschränkung könnte man sich leisten, wenn man die politische Dimension andernorts angemessen behandelt hätte. Im „Gemeinsamen Wort“ ist das aber bekanntlich höchst unzulänglich geschehen. Die wenigen eingestreuten politischen Vorschläge im jetzt vorliegenden Text wiederholen recht unkritisch Versatzstücke aus der aktuellen Debatte. Insgesamt hat man den Eindruck, daß alle nichtmarktkonformen Instrumente tabu sind. Ordnungsrecht fällt offensichtlich unter das Verdikt „Ökodiktatur“, obwohl es natürlich ebenso grundgesetzkonform und ebenso gesetztes Recht ist wie etwa eine ökologische Steuerreform. Die zahlreichen prakti-

schen Handlungsvorschläge mögen gut gemeint sein, aber sie bleiben weit hinter dem zurück, was jetzt wirklich notwendig wäre, und verleiten eher dazu, die tatsächliche Gefahr zu verharmlosen. Vor allem aber beschränkt man sich weitgehend auf den binnenkirchlichen Raum. Daß kirchliches Umweltengagement etwa auch darin bestehen könnte (und müßte), in politische Prozesse einzugreifen, Bürgerinitiativen zu unterstützen etc. - darauf scheinen deutsche Bischöfe nicht allzuleicht zu verfallen.

Es gehört zum - etwas ermüdenden - Stil kirchlicher Verlautbarungen, daß man recht ausführlich auflistet, was man zum Thema eigentlich alles schon gesagt hat. Dies ist hier natürlich auch der Fall. Merkwürdigerweise wird ein Text der deutschen Kirche überhaupt nicht erwähnt: das Synodenpapier „Unsere Hoffnung“, das bereits zu Beginn der siebziger Jahre die ökologische Krise in einer Weise reflektiert, die das neueste Hirtenwort weit in den Schatten stellt. Die Chance, hier wieder anzuknüpfen, wurde leider vertan.

Peter Schott, Die Chance Umweltpolitik. Fakten, Zusammenhänge, Schritte in die Zukunft, Köln (Pahl-Rugenstein) 1998, 264 S., DM 24,90.

Wer sich knapp, aber umfassend über die zentralen umweltpolitischen Themen informieren will, dem sei dieses Buch dringend empfohlen. Atomenergie, Klimaerwärmung, Ozonloch, Gentechnik, Schadstoffe, Flächenversiegelung: Zu diesen komplexen Themenkreisen bietet Peter Schott einen kompetenten und verlässlichen Überblick. Die nicht einfache Materie wird gerade für den Laien gut lesbar aufbereitet. So veranschaulicht Schott seine Analysen immer wieder durch eine Fülle von konkreten Fallbeispielen. Schott zeigt überzeugend auf, daß und wie die ökologischen Krisen jeweils in den Widersprüchen der kapitalistischen Kapitalverwertung ihren Ursprung haben. Kapitalismuskritik ist dabei kein ermüdendes Bekenntnis, sondern es wird durch die Vertiefung in die jeweiligen Themenkreise plausibel und glaubwürdig. Ein großes Verdienst dieses Buches ist es, daß es viele breit akzeptierte, die öffentliche Debatte dominierende Argumentationsfiguren hinterfragt und oft genug entlarvt. So etwa diskutiert er einleuchtend die Grenzen finanzpolitischer Steuerung wie etwa durch eine Öko-Steuer. Er entlarvt den neoliberalen Mythos von der angeblich notwendigen Senkung der Lohnnebenkosten und er diskutiert dazu querliegende Vorschläge wie etwa den der Mengenregulierung im Energiebereich. Besonders erfreulich ist, daß Schott alle Umweltprobleme konsequent aus der Perspektive der armgemachten Länder der Dritten Welt betrachtet. Beispiel Atomenergie: Während sich die Diskussion üblicherweise auf die Entsorgungs- und Sicherheitsproblematik beschränkt, lenkt Schott den Blick darauf, welches Desaster bereits der Uranabbau in den betreffenden Ländern anrichtet. Oder hat die Wasserknappheit im Niger in der Diskussion um die Atomenergie bei uns irgendwann eine relevante Rolle gespielt?

Wichtig ist auch seine Auseinandersetzung mit der gerade von umweltpolitisch Engagierten so unkritisch rezipierten Agenda 21. Den Zusammenhang von

ökologischer Krise und Arbeitslosigkeit diskutiert Schott in einer Weise, wie man es selten findet. Sein Fazit lautet: Ein Politik, die imstande ist, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, kann nur eine Politik sein, die es unternimmt, die Profitdominanz zurückzudrängen. Und er bleibt auch die Antwort darauf nicht schuldig, wie eine solche Politik unter den gegenwärtigen Verhältnissen aussehen könnte. Seine konkreten Vorschläge könnten der politischen Diskussion tatsächlich entscheidende Impulse geben.

Carl Amery, Hitler als Vorläufer. Auschwitz -- der Beginn des 21. Jahrhunderts?, München (Luchterhand) 1998, 192 S. geb., DM 29,80.

Carl Amery ist ein Glücksfall in der deutschen Literaturszene. Er hat einen unbestechlichen Blick für Zusammenhänge, die den meisten verborgen bleiben, seine historischen Kenntnisse sind erstaunlich, und seine analytische Klarsichtigkeit nicht minder. Und dies alles verbindet er mit einer Fähigkeit zur sprachlichen Gestaltung, die an Karl Kraus gemahnt. Das Thema seines jüngsten Buches löst zunächst Erstaunen aus. Hitler in Verbindung mit der aktuellen ökologischen Krise zu bringen - das scheint auf den ersten Blick doch allzu abwegig. Am Ende ist es doch eine plausible und äußerst wichtige Einsicht, die uns auf einmal vieles begreifen läßt, was vorher unverstanden, verdrängt, verschleiert war. Amerys Methode ist zunächst so verblüffend einfach, daß sich die Frage aufdrängt, warum man darauf bis jetzt noch nicht gekommen ist: Er nimmt Hitler beim Wort. Er ergründet die Intentionen seiner „Politik“, indem er die programmatische Schrift „Mein Kampf“ bei allen Primitivismen und schier unerträglichen Peinlichkeiten in ihren Hauptaussagen ernst nimmt. Und siehe: Vieles, was bisher nicht zufriedenstellend erklärt werden konnte, erweist sich im Sinne von Hitlers Programm als durchaus rational. Amery weigert sich zunächst, das Phänomen Hitler als historisch nicht faßbar, als analogielose Einmaligkeit, als „Naturereignis“ zu akzeptieren. Statt dessen gilt es zu fragen, ob nicht eine Dimension dieser Wirklichkeit übersehen oder verdrängt wird. Hitler - so macht Amery überzeugend klar - war ein Antwortversuch auf das große Menschheitsdilemma, wie es seit dem 19. Jahrhundert die Geisteswelt beschäftigte, auf die Frage nach den Bedingungen eines nachhaltigen Weiterlebens auf einem begrenzten Planeten. Vor dieser Hintergrundfolie ist Hitlers vulgärdarwinistisches Vernichtungsprogramm im Namen der „grausamen Königin Natur“ zu sehen. Hitlers Aggression ist eine Antwort auf die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, eine logische, wenn auch irrationale Antwort auf den Triumph des Kapitalismus, dessen innere Gesetzlichkeit mit den physikalischen Daseinsbedingungen nicht vereinbar ist. Amery zeigt, wie der Grundansatz von Hitlers Politik, nämlich die Frage nach der nötigen Selektion angesichts der Tatsache, daß die lebensnotwendigen Ressourcen eben nicht für alle reichen, auch andernorts bestimmend ist. Die Zukunftsvision einer globalen Ausbeutung der Ressourcen findet sich beispielsweise gerade in der von Roosevelt und Churchill unterzeichneten „Atlantik-Charta“. Amery

zieht die Linie aus zwischen Goebbels' Forderung nach dem Ei auf dem Frühstückstisch des kleinen Mannes und den Wohlstandsversprechen der Nachkriegssysteme. Eine grundsätzliche Zivilisationskritik, die darauf aufmerksam machte, daß dieser Wohlstand erkaufte wird durch eine ungeheure Ressourcenverschleuderung und ermöglicht wird durch die weltweite Expansion eines Energie- und Rohstoffimperiums, wird erstickt und übertönt. Amery faßt die Grundlagen von Hitlers Programm folgendermaßen zusammen: 1. Geschichte ist letztlich Naturgeschichte; 2. die natürlichen Ressourcen reichen nicht für alle und 3. angesichts dieses Befundes muß entschieden werden, wer an der Zukunft der Menschheit teilhaben kann (Selektion). Auf diese Formel gebracht, wird auf einmal die Kontinuität sichtbar. Der Ausschluß der Mehrheit der Menschen aus Ökonomie und Gesellschaft und die Aneignung der Ressourcen durch das reiche Fünftel der Menschheit unter den Vorzeichen einer neoliberalen Politik folgen - mit anderen Mitteln und mit anderen ideologischen Legitimationen - derselben Selektionslogik. Vielleicht hätte man, was die aktuelle Situation betrifft, von Amery etwas mehr erwartet, vielleicht auch eine differenziertere Diskussion zum Bevölkerungswachstum - seine grundlegende Einsicht bleibt brisant genug: Die Auseinandersetzung mit Hitler muß redlicherweise in eine grundsätzliche Zivilisationskritik münden, zwischen Hitlers planmäßiger Vernichtungs- und Unterwerfungsstrategie und unserem Wohlstandschauvinismus gibt es prinzipiell mehr Übereinstimmung als Unterschied. Die Maßstäbe der Humanität, die wir der Hitlerbarbarei so wohlfeil entgegenhalten können, haben sich genau hier zu bewähren.

Bruno Kern

Die Verantwortung für den Rezensionsteil liegt ausschließlich beim Verlag.